

R. Unser gemeinsames Europa

Warum Europa unsere Zukunft ist

Die Europäische Union ist viel mehr als nur ein gemeinsamer Wirtschafts- und Währungsraum. Die EU der 28 Mitgliedsländer ist Ort der Freiheit und Vielfalt, des Friedens und der Demokratie. Die EU hat jahrhundertalte Gegensätze überwunden und einen historisch einmaligen innereuropäischen Frieden geschaffen. Deswegen hat sie letztes Jahr zu Recht den Friedensnobelpreis erhalten.

Ohne Zweifel kann und muss man mit Blick auf die EU viel kritisieren und man kann auch vieles verbessern. Doch Europapolitik findet nicht nur im fernen Brüssel statt, sondern beginnt bei der Kommunalpolitik und durchzieht alle politischen Bereiche vom Umwelt- bis zum Verbraucherschutz. Europapolitik ist Innenpolitik und die Bundestagswahl somit auch eine wichtige Entscheidung über die Zukunft Europas. Um das unfertige europäische Projekt gerechter, sozialer und nachhaltiger weiterzubauen, braucht es die richtigen politischen Mehrheiten. Die EU steckt derzeit in einer tiefen Identitätskrise, doch Europa ist unsere Zukunft. Gestalten wir sie gemeinsam.

Viele Bürgerinnen und Bürger, auch in Deutschland, haben nicht mehr die Erwartung, dass die EU ihnen automatisch Wohlstand und Sicherheit in einer globalisierten Welt bringt. Häufig schieben Politikerinnen und Politiker die Schuld auf die Brüsseler Kommission, so manche schwarz-gelbe PolitikerInnen erwecken allzu gerne den Eindruck, dass es nur ein deutsches Europa bräuchte oder unser Land gar besser allein weitermachen sollte, um alle Probleme zu lösen. Wieder andere wie Angela Merkel setzen auf eine Stärkung der nationalen Ebene und würden am liebsten alles in Hinterzimmern unter den 28 Staats- und RegierungschefInnen ausdealen.

Doch wissen wir ebenso wie die große Mehrheit der Bundesbürgerinnen und -bürger, dass es die Rückkehr zu nationalen Alleingängen nur unter Inkaufnahme extremer sozialer, wirtschaftlicher und politischer Gefahren gibt. Wir sagen „Ja“ zu Europa und setzen uns ein für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger.

Mischen wir uns ein für ein demokratisches Europa! Wir GRÜNE setzen auf ein gemeinsames Europa, in dem Parlamente und europäische Zivilgesellschaft transparent und aktiv mitentscheiden, denn ohne demokratische Legitimation ist keine politische Entscheidung auf Dauer tragfähig. Wir wollen, dass die EU innerhalb wie außerhalb ihrer Grenzen zur glaubwürdigen Anwältin der Bürger- und Menschenrechte und des Friedens wird. Dies ist und bleibt für Europa auch im 21. Jahrhundert eine historische Verpflichtung.

Bekennen wir uns zu einem solidarischen Europa! Wir GRÜNE machen uns stark für eine handlungsfähige EU, die den global agierenden Akteuren an den Finanzmärkten selbstbewusst entgegentritt. Die damit auch und ganz besonders den jungen Menschen in Südeuropa, für die die Finanzkrise eine reale Katastrophe geworden ist, die Teilhabe an den Errungenschaften des europäischen Sozialstaates verschafft.

Kämpfen wir für ein gerechtes Europa! Die einseitige und un-solidarische Kürzungspolitik unter Führung der schwarz-gelben Bundesregierung hat dazu geführt, dass sich die Wirtschaftskrise in den südeuropäischen Ländern zusätzlich verschärfte. Die Arbeitslosigkeit wächst – insbesondere unter der Jugend – ins Unerträgliche und immer mehr Menschen werden in Armut und Existenzunsicherheit getrieben. Die Gesundheitsversorgung in Griechenland kollabiert. Eine grün geprägte Bundesregierung wird nicht hinnehmen, dass auf dem Rücken der Ärmsten gespart wird.

Und schaffen wir eine europäische Zukunft! Wir GRÜNE wollen die kommende Bundestagswahl nutzen, um den Politikwechsel auch in Europa voranzubringen. Die vollständige Abwahl von Schwarz-Gelb ist ein wichtiger Schritt, um einen neuen Abschnitt der europäischen Integration zu beginnen, der das stärker zusammenführt, was nur europäisch gemeinsam geleistet werden kann, ohne die Subsidiarität zu vergessen. Wir wollen aus der EU eine Vorreiterin in friedlicher Nachbarschaft machen, im Klimaschutz und im nachhaltigen Wirtschaften, und ihre Vorreiterrolle in Bezug auf die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern ausbauen. Wir kämpfen mit allen Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam dafür, dass es wieder gerechter zugeht in Deutschland, Europa und der Welt.

1. Für ein europäisches Deutschland

Um Europa herum steht die Welt nicht still. Aber sie dreht sich auch nicht mehr so viel um Europa wie früher. Europas Rolle in der Welt ändert sich. Europa muss seine Verantwortung neu finden. Dabei gilt: Europa gewinnt zusammen – oder verliert. In Zeiten der Globalisierung, angesichts endlicher Ressourcen und einer Klimakatastrophe, deren Ausmaß immer deutlicher wird, kann kein europäischer Nationalstaat die Probleme im Alleingang lösen. Dies geht nur gemeinsam – mit der EU und mit starken demokratischen europäischen Institutionen.

Auch wirtschaftlich profitiert Deutschland von einer starken EU. 60 % der deutschen Exporte gehen in andere EU-Mitgliedsländer. Ohne die Stärke des Binnenmarktes wäre die deutsche Wettbewerbsfähigkeit auch international kaum zu sichern. Schon aus wirtschaftlichem Eigeninteresse darf Deutschland daher Europas südliche Mitgliedsländer nicht hängen lassen. Doch der Rolle als größtes und wirtschaftlich stärkstes EU-Mitgliedsland wird Deutschland politisch in keiner Weise gerecht. Seit Anbeginn der Finanz- und Staatsschuldenkrise blockierte oder verzögerte Kanzlerin Merkel notwendige Reformschritte und setzte einseitig auf „Sparen, sparen und nochmal sparen“, statt eine Balance in einer Politik der Solidarität, Solidarität und Nachhaltigkeit zu finden. Damit hat sie die Krise verschärft und die finanziellen Risiken der europäischen SteuerzahlerInnen vervielfacht.

Wir GRÜNE werben stattdessen für ein europäisches Deutschland innerhalb einer Wirtschafts- und Solidarunion. Das haben wir im Kapitel „Anders wirtschaften“ bereits ausführlich beschrieben. Darüber hinaus braucht die EU einen gestärkten Haushalt, der den wachsenden Aufgaben der Union Rechnung trägt. Wir brauchen eine klare Prioritätensetzung, die die Ausgaben in den Bereichen mit europäischem Mehrwert stärkt. Wir wollen nicht, dass agroindustrielle Großbetriebe oder ein sinnloses Projekt wie der Fusionsreaktor ITER mit Milliarden subventioniert werden, während immer mehr bäuerliche Kleinbetriebe aufgeben müssen oder für das Erasmus-Programm zu wenig Mittel zur Verfügung stehen. Im Sinne haushaltspolitischer Subsidiarität muss die EU ihre Schwerpunkte dort setzen, wo sie Gelder besser und effizienter ausgeben kann als

die einzelnen Mitgliedsstaaten. Der Eigenmittelanteil muss erheblich ausgeweitet und die intransparenten Rabattregelungen abgeschafft werden. Die Mitgliedsstaaten müssen ihren Zusagen nachkommen und die EU mit den entsprechenden Mitteln versorgen, um die sich verschärfende Zahlungskrise zu beenden und drohende Zahlungsausfälle bei den EU-Förderprogrammen zu vermeiden.

Schengen und die damit verbundene Reisefreiheit sind zentrale Grundpfeiler der EU und müssen vor populistischer Stimmungsmache durch die schwarz-gelbe Koalition geschützt werden. Mitgliedsstaaten dürfen die Reisefreiheit nicht im Alleingang einschränken. Wir GRÜNE wollen, dass die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengenraum allerletztes Mittel bleibt und nur gemeinsam auf europäischer Ebene entschieden und überprüft werden darf; verstärkte Einwanderung ist für uns definitiv kein Grund für die Schließung der Binnengrenzen. Genauso wichtig ist uns die Wahrung der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit in der EU. Wir machen nicht mit beim schwarz-gelben Populismus gegen Menschen aus Zentraleuropa. Wir weisen besonders die Diskriminierung von Roma zurück. Alle EU-BürgerInnen, gleich welcher Herkunft oder Ethnie, sollen auch in Zukunft die Möglichkeit haben, sich in einem anderen EU-Land Arbeit zu suchen. Herausforderungen wie massive Armut und Arbeitslosigkeit, Diskriminierung oder Korruption müssen wir gemeinsam europäisch und in Zusammenarbeit mit den entsprechenden nationalen und regionalen Akteuren angehen, statt zentrale Rechte von UnionsbürgerInnen zu beschneiden.

Entgegen der Position anderer Parteien ist für uns GRÜNE die Erweiterung der Europäischen Union nicht abgeschlossen. Wir stehen zu der Erweiterungsagenda von Thessaloniki und wollen alle Staaten des westlichen Balkans ohne Änderung ihrer Grenzen in die EU integrieren. Die Erweiterungspolitik ist für uns eine Erfolgsgeschichte – auch wenn in der Vergangenheit Fehler gemacht wurden. Deswegen unterstützen wir die Forderung, dass der Beitritt jedes einzelnen Landes von dem konkreten Fortschritt im Beitrittsprozess abhängig gemacht wird. So ist die Erweiterungspolitik ein Instrument für Frieden und Stabilität, aber auch für Rechtsstaat, Freiheitsrechte, Demokratie, Sozialstandards und Umweltschutz auf dem Kontinent Europa. PartnerInnen in diesem Prozess sind vor allem die Zivilgesellschaft und progressive AkteurInnen, die noch stärker unterstützt werden müssen. Die neuen Verfahren können

auf dem westlichen Balkan aber dazu führen, dass gerade die Staaten, die unter den Kriegen des letzten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts am meisten zu leiden hatten, noch am weitesten von einem EU-Beitritt entfernt sind. Daher wollen wir neue Transitionsverfahren etablieren, um nicht neue unüberwindbare Grenzen mitten in der Region zu schaffen.

Die Europäische Union muss, 50 Jahre nach dem entsprechenden Assoziationsabkommen, endlich für neuen Schwung in den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sorgen. Diese müssen fair, ergebnisorientiert und auf Augenhöhe geführt werden. Für uns stehen hierbei Demokratie und Menschenrechte vor Ort im Vordergrund. In der Türkei gibt es nach wie vor Defizite, z. B. im Fall von Pressefreiheit, Frauenrechten und Minderheitenschutz. Gerade ein ernsthafter Beitrittsprozess verspricht jedoch den meisten Reformerfolg. Bei den bestehenden Kriterien darf es keine Abstriche geben. Das Ziel der Verhandlungen ist der Beitritt, sobald diese Kriterien erfüllt sind. Wir wollen die Zugehörigkeit zur EU nicht von religiösen Identitäten abhängig machen. Ungeachtet dessen muss die EU in der Gestaltung ihrer Nachbarschaftspolitik aktiver werden. Auch den Menschen in den Staaten östlich der EU und im Mittelmeerraum muss ein menschenwürdiges Leben in einem demokratischen Rechtsstaat ermöglicht werden. Die demokratischen Reformbemühungen in Nordafrika und der arabischen Welt sollte die Europäische Union im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik unterstützen. Wir wollen, dass sich Deutschland für Erleichterungen bei der Visavergabe, dem Marktzugang und der Arbeitsmigration einsetzt sowie den Austausch in den Bereichen Bildung, Sport und Kultur mit dieser Region fördert. Die Liberalisierung der europäischen und deutschen Visapolitik ist ein entscheidender Schlüssel für Reformanstöße und gesellschaftlichen Wandel außerhalb der Europäischen Union. Deswegen setzen wir uns auch in den Staaten östlich der EU für eine weitere Unterstützung der demokratischen Reformbemühungen ein und wollen, dass Deutschland sich im Rahmen der EU für die generelle Überprüfung der Visumpflicht der einzelnen Staaten starkmacht und insbesondere darauf hinwirkt, dass die Visumpflicht für Menschen aus den Ländern der Östlichen Partnerschaft, Russland, Kosovo und der Türkei zügig aufgehoben wird. Grundsätzlich stehen wir für eine starke gemeinsame europäische Außen- und Menschenrechtspolitik.

2. Für ein demokratisches Europa

Unsere Antwort auf das „Europa der nationalen Regierungen“ ist eine gestärkte europäische Demokratie, deren Weg transparent und mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet wird. Die europäische Demokratie wird oft so beschrieben, als bestehe sie nur aus einem Demokratiedefizit. Dieses Zerrbild lebt auch von der Polemik derjenigen, die für alles, was schieflieft, regelmäßig „Europa“ die Verantwortung zuschieben, während dies ja de facto nie ohne die Mitwirkung der Nationalstaaten geschieht. Doch es gibt tatsächlich Demokratiedefizite. Eines liegt – auf der nationalen Ebene; es besteht in der intransparenten Europapolitik der Regierungen, die versuchen sich der parlamentarischen Kontrolle zu entziehen. Der Bundestag hat hier jedoch – insbesondere auf grünes Betreiben – schon viele Verbesserungen durchgesetzt. Ein zweites Demokratiedefizit entsteht aus dem gerade von der Bundesregierung betriebenen intergouvernementalen Herangehen an mehr europäische Zusammenarbeit, wodurch das Europaparlament um seine Kontrollverantwortung gebracht wird. Auch die Institutionalisierung der Eurogruppe zu Lasten der demokratischen Institutionen wirkt in diese Richtung. Der Gemeinschaftsmethode ist grundsätzlich Vorrang vor intergouvernementalem Handeln einzuräumen. Wie in der Vergangenheit kann es notwendig sein, im Einzelfall vorübergehend unterschiedliche Geschwindigkeiten der Integration zu entwickeln. Dabei ist es wichtig, dass die Institutionen und Regeln des Gemeinschaftsrechts der Rahmen der Zusammenarbeit sind.

Unsere grüne Strategie für mehr Demokratie in der EU setzt auf eine starke Allianz der Parlamente aller Ebenen – und auf die aktive Einmischung der EuropäerInnen. Deswegen haben wir uns von Anfang an für die Einführung der Europäischen Bürgerinitiative stark gemacht. Diese wollen wir weiter stärken und mittelfristig in Richtung eines europäischen Volksentscheides entwickeln. Bei der institutionellen Weiterentwicklung bauen wir auf einen öffentlichen Europäischen Konvent zur Zukunft der EU. Er darf aber nicht zum Expertenzirkel verkommen. Stattdessen sollen unter dem Vorsitz des Europäischen Parlaments Vertreterinnen und Vertreter der EU-Kommission, der nationalen Parlamente und Regierungen sowie der Zivilgesellschaft und SozialpartnerInnen zusammentreten, um

die Verfasstheit der Europäischen Union unter dem Gesichtspunkt einer effektiveren und breiter legitimierten Arbeitsweise insbesondere zu institutionellen Fragen sowie in den Bereichen Wirtschaft, Haushalt, Finanzen, Soziales und Demokratie zu erarbeiten. Der Konvent muss in seiner Zusammensetzung der TeilnehmerInnen die Gesellschaft widerspiegeln.

Um die Mitbestimmung der europäischen BürgerInnen auf allen politischen Ebenen zu gewährleisten, wollen wir die Unionsbürgerschaft ausbauen. Wir treten dafür ein, dass alle EU-BürgerInnen das Wahlrecht in dem Mitgliedsstaat erhalten, in dem sie ihren ständigen Wohnsitz haben, und dies nicht nur für Kommunalparlamente und das Europaparlament, sondern auch bei regionalen und nationalen Wahlen, wenn sie seit fünf Jahren dort leben.

Das Europäische Parlament soll endlich das Recht erhalten, eigene Gesetzesinitiativen vorzuschlagen und den/die EU-KommissionspräsidentIn zu wählen. So soll es zum zentralen Debatten- und Entscheidungsort der europäischen Politik werden und muss volles Mitentscheidungsrecht in allen Politikbereichen erhalten. Wenn die EU mehr Kompetenzen erhalten soll, muss das mit mehr Kontrollrechten für das Europäische Parlament einhergehen. Wo die EZB als Bankenaufsicht tätig ist, muss die demokratische Rechenschaftspflicht der EZB gegenüber dem Europaparlament erhöht werden. Das Parlament muss ein Mitspracherecht bei den Krisenmechanismen und der Economic Governance erhalten.

Die Parteien sollen bei Europawahlen künftig SpitzenkandidatInnen nominieren, unter denen nach der Wahl entsprechend ihrem Ergebnis der/die EU-KommissionspräsidentIn gekürt werden soll. Wir treten damit auch für eine stärkere Personalisierung der Europawahl ein. Zusätzlich zu den jeweils national bestimmten KandidatInnen soll deshalb ein Teil der Abgeordneten über transnationale Listen gewählt werden. Auch müssen starke Regeln eingeführt werden, die die Transparenz der europäischen Institutionen erhöhen und den großen Einfluss der Unternehmenslobby in Brüssel eindämmen.

Zu einem demokratischen Europa gehört jedoch mehr als Reformen der Arbeitsweise der Europäischen Union. Viel zu oft hat die EU wie ein Papiertiger agiert, wenn Menschenrechte in Mitgliedsländern verletzt wurden und etwa die Pressefreiheit systematisch

eingeschränkt oder Roma aufs Schlimmste diskriminiert wurden. Die Kommission sollte daher viel öfter die bestehenden Möglichkeiten nutzen, Gelder einzufrieren, wenn Mitgliedsländer gegen elementare Werte der Union verstoßen. Außerdem sollte diese Möglichkeit auf alle Teile des Unionshaushalts ausgedehnt werden.

Statt die EU-Außengrenzen immer weiter hochzurüsten und stillschweigend zu tolerieren, dass Jahr für Jahr tausende Flüchtlinge auf dem Weg in die EU im Mittelmeer ertrinken, wollen wir unser außen- und entwicklungspolitisches Handeln stärker darauf ausrichten, die gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen. Etwa durch Vereinfachung von finanziellen Transfers („Rücküberweisungen“) und die Möglichkeit, durch längeren Aufenthalt im Herkunftsland die wirtschaftliche Situation vor Ort positiv zu beeinflussen, ohne dabei aufenthaltsrechtliche Konsequenzen in Kauf nehmen zu müssen. Wir wollen ein faires Asylsystem schaffen und legale Zuwanderung ermöglichen. FRONTEX leistet dies nicht. Deshalb fordern wir einen institutionellen Neuanfang. Wir wollen eine gemeinsame Grenzpolitik der EU, welche die rechtlichen Normen Europas wahrt, die Menschenrechte garantiert, das Recht auf Asyl durchsetzt, Flüchtlinge aus Seenot rettet und durch das Europäische Palament kontrolliert wird. Kostenintensive und aus daten- und menschenrechtlichen Gründen höchst bedenkliche Vorschläge wie Eurosur und „smart borders“, die die Abschottung der EU zementieren, lehnen wir daher ebenfalls ab. Wir wollen zudem die Regelung abschaffen, nach der Flüchtlinge nur in denjenigen EU-Staaten aufgenommen werden können, in denen sie als Erstes angekommen sind (Dublin-II-Abkommen). Flüchtlinge sollen selbst entscheiden, wo sie Asyl beantragen. Zudem brauchen wir einheitliche, hohe Asylstandards in allen Mitgliedsländern. Wir werden in Brüssel eine Roadmap für ein EU-weites solidarisches Asylsystem initiieren, mit dem alle Mitgliedsstaaten gleichermaßen Verantwortung übernehmen und das Flüchtlingen ein Leben in Würde in ganz Europa ermöglicht. Zudem braucht es eine rechtliche Verankerung des Schutzes von Umwelt- und Klimaflüchtlingen in der EU und weltweit, aufbauend auf bereits bestehenden lokalen und regionalen Initiativen sowie Entschlüssen der internationalen Gemeinschaft auf VN-Ebene.

Zu einem demokratischen Europa gehört eine starke und lebendige Zivilgesellschaft. Mit einem freiwilligen Europäischen Jahr für alle – für junge wie für ältere Menschen – können wir eine europäische Zivilgesellschaft noch weiter stärken und alle mitnehmen. Deshalb fordern wir einen umfassenden Ausbau eines europäischen Freiwilligendienstes für alle Generationen, getragen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, und eine gute finanzielle Grundausstattung durch öffentliche Mittel.

3. Für eine europäische Energiewende

Mit der deutschen Ausstiegsentscheidung sind die Risiken der Atomtechnologie noch nicht gebannt. Die Bundesregierung muss sich für einen EU-weiten Atomausstieg einsetzen. Sie muss ihre Möglichkeiten nutzen, um den Neubau von Atomkraftwerken zu verhindern, und energiepolitische Alternativen aufzeigen. Solange in der EU noch Atomkraftwerke betrieben werden, müssen für alle verbindliche Sicherheitsstandards auf dem Stand von Wissenschaft und Technik gelten. Die Bundesregierung ist in der Pflicht, die Bürgerinnen und Bürger bei grenznahen Neubauprojekten von Atomkraftwerken in Nachbarstaaten zu informieren und Einwände der Bevölkerung gegenüber den Nachbarstaaten zu vertreten.

Die deutsche Energiewende soll Europa ökologisch-innovative Impulse geben. Dazu muss sie aber auch gut in die gesamteuropäische Energielandschaft integriert werden. Dafür brauchen wir eine europäische Energieinfrastruktur, einen funktionierenden Emissionshandel, einen integrierten europäischen Energiemarkt mit funktionierendem Wettbewerb und eine konsequent auf niedrigen CO₂-Ausstoß setzende europäische Industriepolitik. Wir setzen uns für umfassende europäische Investitionen zur energetischen Nutzung von Sonne und Wind und zur Förderung von Energieeffizienz und -einsparung ein, vor allem in den von der Eurokrise stark betroffenen südeuropäischen Regionen. Mit einer europäisch vorangetriebenen Energiewende wollen wir gleichzeitig zukunftsfähige Beschäftigungsfelder schaffen. Auch die groß angelegte Subventionierung von fossilen und atomaren Energieträgern muss beendet werden. Die deutsche Energiewende braucht die europäische

Ebene, um zu funktionieren, und für die Energiewende in der EU brauchen wir endlich eine Bundesregierung, die den Umbau des Energiesektors auch auf EU-Ebene engagiert vertritt.

Die Mitgliedsstaaten der EU haben allein 2011 für den Import von Erdöl mehr als 400 Mrd. US-Dollar bezahlt. Gleichzeitig ist der Ehrgeiz beim Ausbau der Erneuerbaren und bei der Steigerung der Energieeffizienz verfliegen. Auch beim Klimaschutz kann von einer europäischen Vorreiterrolle kaum mehr die Rede sein. Die Politik der EU, das von ihr mit beschlossene Ziel, die Schwelle von 2 Grad weltweiter Klimaerwärmung nicht zu überschreiten, ist längst zur Farce verkommen. Allen Risiken zum Trotz hält eine politische Mehrheit aus Konservativen, Sozialisten und Liberalen am alten Energiemix auf der Basis der Hochrisikotechnologie Atomkraft und dreckiger Kohle fest.

Statt den alten Konzepten und Lobbyinteressen weiter hinterherzurrennen, wollen wir ein Europa, das auf Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien aufbaut. Damit können wir Umwelt- und Naturschutz europaweit vorantreiben, Energiearmut abfedern, werden unabhängig von teurer werdenden fossilen Energieträgern, schaffen die nötigen Anreize für technische Innovationen und damit neue Arbeitsplätze im Rahmen unseres europäischen Green New Deals. Zudem ist eine bessere Koordinierung der europäischen Netzstruktur eine Möglichkeit, die Schwankungen der Erneuerbaren Energien auszugleichen. Mit business as usual werden wir das jedoch nicht schaffen. Deswegen setzen wir uns für eine Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE) ein. Zudem sollten auch die Nachbarstaaten der EU, und dabei insbesondere die Beitrittskandidaten, in den Umbau der Energiesysteme mit einbezogen werden. Auch wollen wir noch im Vorfeld des kommenden UN-Klimagipfels 2013 in Warschau das derzeitige Ziel, den EU-weiten CO₂-Ausstoß bis 2020 um 20 % zu reduzieren, auf mindestens 30 % erhöhen. Zudem treten wir für die Abschaffung von Euratom ein. Solange es keine Mehrheit für die Abschaffung des Euratom-Vertrages gibt, setzen wir uns für eine Reform von Euratom und eine Überführung in den EUV ein, um Euratom endlich der demokratischen Kontrolle zu unterstellen.

4. Für ein soziales Europa der Bürgerinnen und Bürger

Einer der größten Skandale in Europa heute ist die grassierende Jugendarbeitslosigkeit in vielen Mitgliedsländern. In Spanien und Griechenland sind mehr als 50 % der am besten ausgebildeten Generation, die diese Länder je kannten, seit längerem arbeitslos. Auf europäischer Ebene haben wir GRÜNE uns deswegen für eine Jugendgarantie eingesetzt, nach höchstens vier Monaten Arbeitslosigkeit eine Beschäftigung, Lehrstelle oder Weiterbildung angeboten zu bekommen. Deren Verwirklichung – das heißt vor allem deren Finanzierung – können wir aber nicht den jeweiligen Ländern selbst überlassen. Denn denjenigen, die eine solche Garantie am meisten brauchen, stehen die wenigsten Mittel zu Verfügung. Der neu eingerichtete EU-finanzierte Sonderfonds, der in Regionen mit sehr hoher Jugendarbeitslosigkeit eingesetzt wird, ist ein erster Schritt, der jedoch nicht ausreicht. In Solidarität mit den Mitgliedsstaaten sollte der Fonds so lange aufrechterhalten und gegebenenfalls erhöht werden, bis die Arbeitslosigkeit unter der Jugend signifikant und dauerhaft zurückgeht.

Die europäische Einigung lebt grundsätzlich davon, dass die Menschen, die Regionen und die Staaten in Europa füreinander einstehen. Dem Grundprinzip der europäischen Solidarität und der gemeinsamen sozialen Absicherung kommt in der derzeitigen Krise ein besonderer Stellenwert zu. Angesichts einer sich europaweit öffnenden Schere zwischen Arm und Reich reicht es nicht, nur am nationalen Rad zu drehen! Europa krankt heute an Unterbietungswettbewerben bei Löhnen, Steuern und sozialen Standards.

Deswegen wollen wir eine soziale Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht einführen, die eine stärkere Balance gegenüber den Grundfreiheiten des Marktes herstellt. Außerdem wollen wir das Armutsgefälle verringern, das Einkommensgefälle zwischen den Mitgliedsstaaten abschwächen und die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern minimieren. Zu einem sozialen Europa gehören für uns außerdem gemeinsame soziale Mindeststandards, wie ein Mindestlohn und eine Grundsicherung, die sich jeweils am nationalen BIP orientieren, sowie das Recht auf eine gute Gesundheitsversorgung. Gerade in Zeiten, in denen immer mehr Menschen während ihres Berufslebens in unterschiedlichen EU-Mitglieds-

ländern tätig sind, wollen wir eine verbesserte Anrechnung von Renten- und Arbeitslosenansprüchen erreichen und dafür sorgen, dass eine gute Gesundheitsversorgung nicht nur ein Privileg weniger ist.

Wir stehen für eine andere – eine faire – europäische Steuerpolitik, die den Steuerwettlauf innerhalb Europas eindämmt und Steuerermeidung, Steuerhinterziehung und Steuerdumping verhindert. Das haben wir im Kapitel „Besser haushalten – Ökologisch, gerecht und wirtschaftlich vernünftig: die grüne Steuerpolitik“ sehr genau beschrieben.

Auch mit Blick auf die Krise in den Euroländern wollen wir eine fundamentale Abkehr vom Kurs der Merkel-Regierung, der nur zu mehr Ungerechtigkeit führt. Was wir anders machen wollen, haben wir im Kapitel „Anders wirtschaften – Die Krise überwinden“ sehr genau beschrieben. So könnten nicht nachhaltige wirtschaftliche Entwicklungen in Form eines sogenannten Booms oder eine die Grundlagen des sozialen Zusammenhalts bedrohende Rezession zum wechselseitigen Vorteil gelindert werden. Im Gegensatz zur Bundesregierung sind wir in Europa gegenüber einer Weiterentwicklung innovativer Modelle offen und bringen neue Konzepte zur Abwehr der Krisengefahr mit auf den Weg.

5. Für Entscheidungen auf der richtigen Ebene

Mehr Mut zu Europa heißt für uns, entschlossen auf EU-Ebene voranzugehen, wo gemeinsames Handeln notwendig und sinnvoll ist. Mehr Europa heißt für uns aber nicht, dass die EU oder gar Brüssel in Zukunft alles regeln soll. Wir wollen, dass diejenige Ebene entscheidet, die bei der jeweiligen Herausforderung am besten, bürgernah und mit der höchsten Legitimität agieren kann. Ein starkes Europa steht für uns weder in Konkurrenz noch im Widerspruch zu handlungsfähigen Kommunen, Regionen, (Bundes-)Ländern und Nationalstaaten. Es kommt vielmehr darauf an, dass die unterschiedlichen Ebenen zusammenarbeiten. Dies bedeutet für die Praxis, dass die europäischen Institutionen viel stärker und früher als bisher alle politischen Ebenen durch Anhörungs- und Einflussrechte in die eigene Gesetzgebung einbinden sollen. Gleiches gilt

für die nationale Ebene, die in vielen Fällen europäische Vorgaben in die nationalstaatliche Gesetzgebung implementiert und die Kriterien für die Vergabe von EU-Mitteln mitbestimmt. Das bedeutet auch, dass Kompetenzverlagerung keine Einbahnstraße ist. So wie es in vielen Bereichen sinnvoll ist, mehr Souveränität nach Europa zu verlagern, so lassen sich manche Bereiche besser national, regional oder lokal regeln. Deshalb sind wir grundsätzlich dafür, Kompetenzen auf untere Ebenen zurückzugeben, wenn es sachlich sinnvoll erscheint – auch das gehört zum Prinzip der Subsidiarität.

Wer GRÜN wählt ...

- kämpft mit uns für ein solidarisches Europa und eine europäische Jugendgarantie.
- steht dafür ein, dass für den Westbalkan und die Türkei eine glaubwürdige Beitrittsperspektive aufrechterhalten wird.
- vertieft das demokratische Europa, das die Bürgerinnen und Bürger teilhaben lässt und in dem das Europäische Parlament eine starke Rolle spielt.
- sagt Ja zu einem Europa der Erneuerbaren Energien und des Klimaschutzes.
- setzt sich für einen besseren Schutz von Flüchtlingen und MigrantInnen ein und dafür, dass Menschenrechte an den EU-Außengrenzen gewahrt werden.
- bekommt eine Politik, die kein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland will.

Schlüsselprojekte

Für ein demokratisches und bürgernahes Europa – Europäische Bürgerinitiative weiterentwickeln und einen Europäischen Konvent einberufen

Die Europäische Union hat demokratischen Nachholbedarf. Wir wollen den Dialog in und über Europa und unsere gemeinsame Zukunft stärken. Dazu gehören eine intensivere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und eine breite gesellschaftliche Debatte in ganz Europa. Wichtige europäische Fragen dürfen nicht in Hinterzimmern der nationalen Staats- und Regierungschefs ausgeklüngelt werden. Daher setzen wir uns für eine Stärkung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente ein. Dazu fordern wir einen europäisierten und personalisierten Wahlkampf zum Europäischen Parlament ebenso wie mehr Mitspracherechte der Bürgerinnen und Bürger. Außerdem wollen wir die Europäische Bürgerinitiative ausbauen und mittelfristig in Richtung eines europäischen Volksentscheides weiterentwickeln. Als weiteren Schritt wollen wir in einem öffentlichen, parlamentarisch geprägten Europäischen Konvent unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und SozialpartnerInnen unter Führung des Europäischen Parlaments Vorschläge zur Weiterentwicklung der EU diskutieren.

Für ein solidarisches Europa – Steuervermeidung und Steuerhinterziehung mit einem europäischen Steuerpakt bekämpfen

Auf die sich europaweit öffnende Schere zwischen Arm und Reich reicht es nicht, nur national, sondern es gilt, auch europäisch zu reagieren. Für ein sozialeres Europa braucht es nicht nur Solidarität zwischen den Regionen, sondern vor allem Maßnahmen dafür, dass sich Finanzstarke nicht mit Hilfe des freien Binnenmarktes aus der gemeinsamen Solidarität verabschieden können. Durch Steuerdumping und Steuerflucht geht den öffentlichen Kassen in Europa jedes

Jahr etwa eine Billion Euro verloren. Wir wollen Schluss machen mit dem Unterbietungswettbewerb bei Löhnen, Steuern und sozialen Standards. Dafür brauchen wir gemeinsame europäische Regelungen, wie soziale Mindeststandards, eine soziale Fortschrittsklausel und einen europäischen Steuerpakt. Der Steuerpakt besteht aus einer EU-weit koordinierten Vermögensabgabe und einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage sowie einem Mindestsatz bei der Unternehmensbesteuerung und einem Mindestsatz für die Körperschaftsteuer. Zentrale Aufgabe ist zudem, Europas Steueroasen endlich zu schließen. Auch treiben wir die Besteuerung von Ressourcen, z. B. durch eine Anhebung der Energiebesteuerung, voran.

Für ein menschliches Europa – eine solidarische Asylpolitik in allen Mitgliedsstaaten etablieren

Die europäische Flüchtlings- und Asylpolitik ist repressiv, unsolidarisch und auf Abschottung ausgerichtet. Der Verschiebebahnhof und die einseitige Verantwortung für europäische Flüchtlinge zu Lasten von Griechenland und anderen EU-Mittelmeerländern, die mit dem Dublin-System zementiert wurden, führen zu unterschiedlichen Standards und müssen deshalb gestoppt werden. Wir wollen, dass Deutschland dafür in Europa mit gutem Beispiel vorangeht: mit der sofortigen Abschaffung der Abschiebehaft für Dublin-Flüchtlinge in Deutschland, mit einem Stopp der Abschiebung von Flüchtlingen in EU-Länder, in denen sie unter unwürdigen Bedingungen leben und wie Kriminelle in geschlossene Unterkünfte gesperrt werden, mit der solidarischen Aufnahme von Asylsuchenden aus den europäischen Flüchtlingshochburgen und mit einer stärkeren Beteiligung am Resettlement-Programm der EU. Wir werden in Brüssel außerdem eine Roadmap für ein EU-weites solidarisches Asylsystem initiieren, mit dem alle Mitgliedsstaaten gleichermaßen Verantwortung übernehmen und das Flüchtlingen ein Leben in Würde in ganz Europa ermöglicht.